

TOP Wertstoffhof

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, Kolleginnen und Kollegen,

wie man sich bei einer Kostenschätzung so verhalten kann, ist und bleibt ein Rätsel. Wir fordern eine gründliche Aufarbeitung der Abläufe bei den Vorplanungen, um in Zukunft solche eklatanten Fehler zu vermeiden.

Jetzt hier noch einmal alles aufzuzählen, wäre müßig. Dazu gab es die entsprechenden Diskussionen im Fachausschuss, an denen sich die DIE LINKE beteiligt hat. Aber, lassen sie mich beispielhaft einen Punkt herausgreifen, der das ganze Ausmaß der mangelhaften Kalkulation aufzeigt.

Wie kann es sein, dass eine Heizungsanlage aus den 70er Jahren noch als adäquat angesehen wird und man nicht selbstverständlich einen vollständigen Ersatz mitplant? Eine solche Anlage entspricht im Jahr 2022 nicht mal mehr ansatzweise den heutigen Anforderungen. Man fragt sich auch, wieso ein solches Fossil noch in Betrieb war, wie sie überhaupt noch eine Genehmigung für den Weiterbetrieb erhalten konnte?

Jeder private Heizungsbesitzer muss sich an rechtliche Bestimmungen halten, wenn es darum geht, wie alt die Heizungsanlage sein darf. Ausgangspunkt ist dabei das Gebäudeenergiegesetz (GEG). Dieses formuliert Anforderungen an die Energieeffizienz der Gebäude und dazu gehören auch alte Gas- sowie Öl-Kessel. Muss sich ein öffentlicher Betreiber nicht an entsprechende Auflagen halten?

Wir sind jedoch der Ansicht, dass selbst die jetzt im Raum stehenden Zahlen, geplant wurde mit 5,2 Millionen, jetzt geht man von 17,4 Millionen aus, nicht das Ende sein werden. Noch ist keine Ausschreibung der Bauarbeiten erfolgt und da ist mit weiteren Überraschungen zu rechnen. Die Preise im Baugewerbe, das zeigen auch andere städtische Planungen, sind horrend gestiegen.

Das ganze Desaster zeigt aber auch wieder auf, dass durch die schlechte finanzielle Ausstattung der Kommunen- Stichwort: schlanker Staat- Kommunen gezwungen sind, dringend erforderliche Sanierungsmaßnahmen auf den Sankt-Nimmerleins- Tag aufzuschieben, weil man dafür schlicht kein Geld hat. Man lebt von der Substanz und ignoriert vorhandene Probleme oder redet sie klein. Sonst wäre es wohl undenkbar, dass man in den Sozialräumen des Betriebshofes Schimmelbefall einfach nur dokumentiert, anstatt sofort tätig zu werden, -

schließlich ist Schimmel krebserregend. Für eine derartig verfehlte Politik bekommt man irgendwann in Bund, Land und Kommune die Quittung präsentiert.

Wir erkennen die Notwendigkeit des Neu- und Umbaus des Wertstoffhofes zwar an, werden uns aber bei dieser Vorlage enthalten, um deutlich zu machen, dass man so nicht mit dem Geld der Bürger umgehen sollte.

Es gilt das gesprochene Wort.

Martin Gatzemeier